



MEDIENMITTEILUNG DER SP KANTON LUZERN

Luzern, 31.03.2021

Psychiatrische Grundversorgung muss wieder gewährleistet sein

Auf Grund der coronabedingten erhöhten Nachfrage nach psychiatrischen Leistungen ist die psychiatrische Grundversorgung im Kanton Luzern nicht mehr gewährleistet. Die langen Wartezeiten sind für die SP nicht akzeptabel. In ihrer Vernehmlassungsantwort zur Psychiatrieplanung stellt die SP klare Forderungen: Um der wachsenden Nachfrage gerecht zu werden, müssen neben dem Ausbau der psychiatrischen Dienstleistungen auch ergänzende Angebote gestärkt und neue Angebote geschaffen werden. Zudem ist nun der richtige Zeitpunkt um die fachlich nicht mehr zweckmässigen Zuständigkeiten in der Suchtarbeit zu überprüfen.

Es braucht rasche und klare Entscheide, um die Grundversorgung wieder gewährleisten zu können. «Der rigide Sparkurs rächt sich heute. Ohne die massive Aufstockung der Pensen der psychiatrischen Ambulatorien ist die psychiatrische Grundversorgung besonders von Kindern und Jugendlichen im Kanton nicht mehr gewährleistet», erklärt Pia Engler. Unabdingbar ist das Finden eines besseren Abgeltungsmodells von sozialpsychiatrischen Leistungen, die von Fachpersonen erbracht werden, aber nicht oder nur ungenügend abgegolten werden. Ergänzend zu den psychiatrischen Fachstellen, braucht es aber auch ein einfach und schnell zugängliches Informations- und Beratungsangebot. «Oft werden Angebote als zu hochschwellig wahrgenommen. Das Bedürfnis nach mehr Pragmatik ist vorhanden», ist Pia Engler überzeugt.

Die SP stützt den Grundsatz ambulant vor stationär. Er darf aber nicht dazu führen, dass die Angebotsentwicklung im stationären Bereich vernachlässigt wird. So gibt es heute in der Akutpsychiatrie Lücken, die behoben werden müssen. Zum Beispiel ist die Schaffung eines Kriseninterventionszentrums unabdingbar. «So könnten unnötige und kostenintensive stationäre Aufenthalte verhindert werden, was die Betroffenen und auch die Akutpsychiatrie entlasten würde. Dazu muss man mehr in ganzheitlichere Versorgungssystem investieren und die Vernetzungsarbeit fördern», ist Pia Engler überzeugt.

Grossen Handlungsbedarf macht die SP zudem in der Aufgabenverteilung in der Suchtarbeit aus. «Das heutige System kann nur noch historisch begründet werden und wird den heutigen Realitäten nicht mehr gerecht», moniert Pia Engler. Die Aufteilung nach illegal und legal macht heute nur noch wenig Sinn, da insbesondere bei Jungen der Mischkonsum hoch im Kurs ist. Es braucht zudem spezialisierte Suchtberatungsstellen auch für Jugendliche.

Kontakt:

Pia Engler, Kantonsrätin, 079 750 84 44